



**Bettina Hagedorn**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 73 832

📠 (030) 227 – 76 920

✉ [bettina.hagedorn@bundestag.de](mailto:bettina.hagedorn@bundestag.de)

# Pressemitteilung

---

18.04.2016

## **Geplantes Fischerei- und Angelverbot im Fehmarnbelt: Hagedorn lädt Umweltstaatssekretär nach Ostholstein ein!**

Bereits seit 2007 sind acht Natura 2000-Gebiete in Nord- und Ostsee nach der europäischen FFH-Richtlinie als Schutzgebiete ausgewiesen, deren Schutzstatus – eigentlich bis 2013 – das Bundesumweltministerium im Rahmen von Verordnungen als Naturschutzgebiete sichern muss. In diesem Zuge plant das Ministerium massive Nutzungseinschränkungen, wovon in Ostholstein viele Angelkutterbetriebe vor allem in Heiligenhafen und Burgstaaken (Fehmarn) existenzgefährdend betroffen wären. Bettina Hagedorn, SPD-Bundestagsabgeordnete für Ostholstein, hat Bundesumweltministerin Barbara Hendricks aufgefordert, die Verbotspläne zu überdenken.

Hagedorn: **„Ich freue mich, dass aufgrund meines Schreibens vom März 2016 der zuständige Staatssekretär im Bundesumweltministerium, Jochen Flasbarth, meine Einladung nach Ostholstein angenommen hat, um sich einen persönlichen Eindruck von der Betroffenheit der Menschen und der Region zu verschaffen. Am 10. Juni werden wir im Kreisnorden mit den Betroffenen an der Küste diskutieren, wobei auch Vertreter des Landes zu Wort kommen sollen, denn neben Umwelt- und Fischereiaspekten spielen die Angelfahrten in Ostholstein eine unverzichtbare Rolle als landestypisches Tourismusangebot.**

**Im Gespräch wollen wir über Alternativen und Lösungsmöglichkeiten diskutieren. Das Bundesumweltministerium kann sicherlich aus seinen Erfahrungen mit ähnlichen Fällen berichten. Möglicherweise lässt sich, beispielsweise mit Einzelfallregelungen, eine „Win-win-Situation“ erreichen, die sowohl den Naturschutz gewährleistet als auch den Angelkuttern weiter eine Perspektive gibt. Ohne eine solche Lösung wäre das in den Schutzgebieten geplante Angelverbot für viele regionale Traditionsunternehmen das existenzielle Aus. Allein von Heiligenhafen und Burgstaaken/Fehmarn starten jedes Jahr etwa 70.000 Gäste zu Angelfahrten auf der Ostsee, das sind fast 90 Prozent aller Kuttertouren im Land!“**

Bettina Hagedorn hatte bereits im März in ihrem Brief die Bundesumweltministerin Barbara Hendricks aufgefordert, die Verbotspläne zu überdenken, und auf die parteiübergreifend getragenen Argumente gegen ein Verbot der Berufs- und Freizeitfischerei in Ostholstein und von der Landesregierung Schleswig-Holsteins verwiesen. **„Für mich ist es nicht nachvollziehbar, wie Freizeitangler an Bord eines – nicht ankernden – Angelkutters mit ihrer Angelausrüstung dem Meeresgrund Schäden zufügen sollten, die ein Angelverbot rechtfertigen könnten. Selbst der grüne Umweltminister Robert Habeck hält ein solches Verbot für unverhältnismäßig, da Köder und Fanggeräte den Meeresboden kaum berühren und die Erhaltungsziele von Lebensraumtypen deshalb nicht gefährdet werden. Die angeblich durch die Angelfischerei bedrohten Dorsch-Fischbestände können nach Ansicht von SPD-Wirtschaftsminister Reinhard Meyer durch ‚kontrollierte Fischerei‘ anstatt durch ein pauschales Angelverbot geschützt werden. Gemeinsam mit meinen beiden SPD-Landtagskollegen aus Ostholstein Sandra Redmann (umweltpolitische Sprecherin) und Lars Winter (fischereipolitischer Sprecher) befürworte ich die Ausweisung der Naturschutzgebiete ausdrücklich, allerdings nur, wenn das damit nicht zwingend verknüpfte Angel- und Fischereiverbot nicht kommt. Uns**

**dreien als überzeugten Gegnern der geplanten Festen Fehmarn Beltquerung wird niemand plausibel erklären können, warum einerseits in den geplanten Naturschutzgebieten rund um Fehmarn das Freizeitangeln verboten werden soll, während gleichzeitig der Bau der festen Fehmarnbeltquerung mit fundamentalen Eingriffen in den Lebensraum von Ostsee und Meeresboden – räumlich unmittelbar nebenan – akzeptiert werden soll. Die Ablehnung des geplanten Verbots über alle Parteigrenzen hinweg verdeutlicht, dass nur ohne ein solches Verbot in Ostholstein und Schleswig-Holstein Akzeptanz für die neuen Naturschutzgebiete erreicht werden kann!“**

Hagedorn erinnert daran, dass bereits durch die von Schwarz-Gelb ab 2012 beschlossene Anhebung vom ermäßigten auf den vollen Mehrwertsteuersatz zu Lasten der Anbieter der beliebten Angelfahrten einige ihren Betrieb einstellen mussten und in Schleswig-Holstein als eine der tourismusstärksten Regionen Deutschlands diese regionaltypischen Angebote deshalb leider rar werden.